

Es ist höchste Zeit zu handeln

Zur Euro-Krise auf Zypern wird uns geschrieben:

Und wieder ein Land, das gerettet werden muss. Müssen wir wirklich?

Die Verträge von Maastricht mit der so genannten No Bail-out Klausel waren eindeutig. Diese Klausel gab vor, dass kein Land für die Schulden eines anderen Landes eintreten muss. Genau hier hat uns unser Gesetzgeber die Fallstricke der eigenen Gesetzgebung vorgelebt. Da wir ja nicht helfen mussten, sondern wollten, war dies angeblich kein Gesetzesbruch. In Zeiten, in denen per Gesetz vom Konto einfach 30 bis 50 Prozent abgebucht werden können, ist wohl alles möglich. Dabei ist es unerheblich, ob man sich klammheimlich freut, weil es bei dieser Enteignung ja russische Oligarchen treffen könnte. Niemand sollte sich da zu früh freuen. Was hier auf höchster Ebene abläuft, ist doch nur ein Testbal-

lon im kleinen, wirtschaftlich unbedeutenden Zypern.

Schadenfreude ist unbegründet, denn Ähnliches könnte auch bei uns kommen. Auch sollte jeder bedenken, dass Firmenkonten mit über 100 000 Euro Guthaben auch betroffen sind. Also Vorsicht mit Firmen- und Privatkonten im Geldwert über diesem Betrag. Aber Entwarnung: Von höchster Seite wird schnell versichert, so etwas ist bei uns natürlich undenkbar. Wie war das noch? „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen...“

Der Euro in der heutigen Form war ein Fehler. Je eher sich diese Einsicht durchsetzen würde, umso eher könnten echte Rettungsmaßnahmen ergriffen werden. Und dabei geht es dann um die Rettung unseres Volkvermögens und unseres Wohlstandes.

Natürlich sollten wir froh um die europäische Einigung und ihre Friedenswirkung sein. Aber dass Europa ohne den Euro un-

denkbar ist, ist doch Unfug. Europa hat bis 2002 bestens funktioniert. Und jetzt ist es an der Zeit, eine wirtschaftliche Union und das währungspolitische Experiment wieder zu trennen. Eine gemeinsame Währung kann nur in einem gemeinsamen Land sinnvoll sein. Nur wer einen europäischen Einheitsstaat, bei dem Deutschland nicht mehr viel zu melden hätte, will, kann weiter für den Euro in der heutigen Form sein.

Viele wissen wahrscheinlich nicht, dass im Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) Zypern genau so viele Stimmen hat wie Deutschland. In den letzten Monaten wurde Deutschland mehrfach überstimmt, als es darum ging, Staatsanleihen von Insolvenzländern aufzukaufen. Es ist also höchste Zeit, zu handeln. Solange es die Politik nicht tut, kann dies nur jeder einzelne persönlich tun.

Klaus Witzgall
Stadtsteinach

RR, 30.03.2013